



ARTIKEL

Presseschau ● 17.07.2023

Medienresonanz auf gemeinsame Stellungnahme zu Geldautomatensprengungen

Über die gemeinsame Pressemitteilung von SVB und GVB zum Ruf nach einem Gesetz zum Schutz von Geldautomaten berichteten die „dpa“, „Münchner Merkur“ und zahlreiche weitere bayerische Regionalmedien.

Die „Deutsche Presse-Agentur“ (dpa) hat die gemeinsame Pressemitteilung des Sparkassenverbands Bayern (SVB) und des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB) aufgegriffen. Sie titelte „Regionalbanken wollen kein Gesetz gegen Automaten Sprengung“, sie würden Protest gegen die Rufe nach einem Gesetz zum Schutz von Geldautomaten vor Sprengstoffattacken einlegen und sich auch gegen Forderungen wehren, Geldautomaten abzubauen oder die Bargeldbestände zu reduzieren. Solche Pläne würden die flächendeckende Bargeldversorgung in Deutschland gefährden: „Das liefe implizit auf einen Abbau der Standorte hinaus“, wird GVB-Präsident Gregor Scheller in der Meldung zitiert. Wer das fordert, habe die Interessen der Bevölkerung im ländlichen Raum völlig aus den Augen verloren.

Die Agenturmeldung erschien in dieser oder ähnlicher Form in „Donaukurier“, „Passauer Neue Presse“, „Abendzeitung München“, „Oberbayerisches Volksblatt“ und in zahlreichen weiteren lokalen Unterausgaben sowie Medienportalen, darunter [„welt.de“](https://www.welt.de).

Der „Münchner Merkur“ griff die Pressemitteilung in seiner Rubrik „In Kürze“ in der Wochenendausgabe auf. Die bayerischen Regionalbanken würden Protest einlegen gegen die Rufe nach einem Gesetz zum Schutz von Geldautomaten vor Sprengstoffattacken. Auch seien sie gegen Forderungen, Geldautomaten abzubauen oder die Bargeldbestände zu reduzieren. Das liefe implizit auf einen Abbau der Standorte hinaus.

